





Prof. Dr. Gabriele Britz

Professur für Öffentliches Recht und Europarecht

Prof. Dr. Bettina Schöndorf-Haubold
Professur für Öffentliches Recht

Prof. Dr. Franz Reimer

Professur für Öffentliches Recht und Rechtstheorie Hein-Heckroth-Straße 5 35390 Gießen

Tel.: 0641 99 21181 Fax: 0641 99 21189 Gießen, 19.10.2023

Umweltrechtliches Praktikerseminar der Justus-Liebig-Universität Gießen im Wintersemester 2023/24

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns sehr, Sie zu den Präsenzveranstaltungen des Praktikerseminars im Wintersemester 2023/24 einladen zu dürfen. Sie finden wie gewohnt donnerstags um 18.15 Uhr im Hörsaal 021 auf dem Campus Recht und Wirtschaft, Licher Str. 68, 35390 Gießen, statt. Wir hoffen, damit erneut zu einem lebendigen umweltrechtlichen Austausch beizutragen.

In der das Semester eröffnenden 227. Sitzung am Donnerstag, dem 16.11.2023, spricht Herr **Dr. Moritz Reese**, UFZ Leipzig, zum Thema "**Suffizienz im Recht - Erfordernisse**, **Ansätze und Instrumente zur Begrenzung des gesamten Ressourcenverbrauchs**".

Mit der Nachhaltigkeitsbedingung der "Suffizienz" wird zum Ausdruck gebracht, dass die relativen Verbesserungen der Umweltverträglichkeit und Ressourceneffizienz, wie sie im Vordergrund der hergebrachten Umweltpolitik stehen, wegen des Mengenwachstums von Produktion und Konsum nicht genügen, um den Ressourcenverbrauch im Rahmen ökologischer Belastungsgrenzen zu halten. Die Forderung nach Suffizienz ist daher auf eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs gerichtet. Neben Individualverhalten und Lebensstilen sind damit wesentlich auch der steuernde Staat und das Recht angesprochen. Der Vortrag gibt einen Überblick über Problemhintergründe und Konzepte der Suffizienzpolitik und erörtert rechtliche Ansatzpunkte und Verfassungsfragen.

Moritz Reese ist stellvertretender Leiter des Departments für Umwelt- und Planungsrecht am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg und wurde dort mit einer Dissertation zu "Kreislaufwirtschaft im integrierten Umweltrecht" promoviert. Anschließend arbeitete er u.a. 5 Jahre als juristischer Referent beim Sachverständigenrat für Umweltfragen, bevor er 2008 zum UFZ wechselte. Dort befasst sich Herr Reese mit vielfältigen Anwendungs- und Entwicklungsfragen des Umwelt- und Planungsrechts. Er ist u.a. Mitherausgeber des Beck'schen Handbuchs Umweltrecht, der Zeitschrift für Umweltrecht und des Journal for European Environmental & Planning Law sowie Lehrbeauftragter zum Umweltrecht am Fachbereich Rechtswissenschaften der FU Berlin.

Am Donnerstag, dem **14.12.2023**, spricht Frau **Dr. Iris Kemmler**, LL.M., Daimler Truck AG, in der 228. Sitzung über "Sustainability im internationalen Großkonzern – Kernpunkte des ESG-Managements in der Praxis".

In einer großen internationalen Aktiengesellschaft wie der Daimler Truck AG spielt das Thema Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle. Auch wenn der Umweltaspekt mit dem Thema der Dekarbonisierung für diese Branche auf den ersten Blick im Vordergrund steht, sind die Bereiche Soziales und die Governance ebenfalls wesentliche Themen. Wie kann man als führender internationaler LKW-Hersteller mit starken eigenständigen Marken und Märkten das Thema Nachhaltigkeit steuern? Welche Rolle spielt der Bereich Legal und Compliance dabei? Wie kann man die Einhaltung der steigenden regulatorischen Anforderungen optimal sicherstellen? Im Vortrag werden die Herausforderungen und die Chancen des Themas der Nachhaltigkeit für die Daimler Truck AG erläutert und einige Thesen zum ESG-Management aufgestellt.

Frau Dr. Iris Kemmler LL.M. (LSE) studierte Rechtswissenschaften in Tübingen und Dresden und absolvierte ihr Rechtsreferendariat im Landgerichtsbezirk Tübingen mit Aufenthalten in San Francisco und Singapur. An der

Universität Tübingen wurde sie während ihrer Assistenztätigkeit am Lehrstuhl Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof mit einer Arbeit zur Anstaltslast promoviert. Dorthin kehrte Sie nach ihrem Masterstudium an der London School of Economics und einem kurzen Ausflug in die Anwaltssozietät Allen & Overy zurück und habilitierte sich mit der Arbeit "Geldschulden im Öffentlichen Recht". Nach dem Wechsel in die Wirtschaft leitet sie derzeit den Bereich Regulatory und Litigation in der Rechts- und Compliance-Abteilung der Daimler Truck AG und trägt dabei unter anderem die Verantwortung für die Felder ESG-Management und Human Rights Compliance.

Am **25.01.2024** nehmen sich in der 229. Sitzung Herr **Peter Hanisch** und Herr **Dr. Jens Martin König** vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Themas "**PFAS: Ein Gespräch über Wissenschaft, Politik und die transformative Kraft des Rechts"** an.

Im europäischen Umweltrecht bietet sich mit dem Anfang 2023 vorgelegten Beschränkungsvorschlag für die gesamte PFAS-Stoffgruppe eine historische Chance. Zwar wurde der PFAS-Beschränkungsvorschlag noch nach den etablierten Regeln der REACH-Verordnung erarbeitet, doch verfolgt er mit der Regulierung von 10.000 Einzelsubstanzen auf einen Schlag bereits einen in dieser Dimension noch nie genutzten Regelungsansatz. Wird es auf diese Weise gelingen, die in den Medien als Jahrhundertgift bezeichnete PFAS-Stoffgruppe so zu beschränken, dass das Recht den wissenschaftlichen Erkenntnissen über die per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen PFAS angemessen Rechnung trägt? Könnte damit zugleich der Aufbruch in ein neues Chemikalienrecht *und* eine nachhaltigere Chemikalienproduktion verbunden sein? Auch wenn der politische Streit um die PFAS-Regulierung erst begonnen hat: Die weltweit wachsende Umweltbelastung mit Chemikalien, ihr Zusammenhang mit Klimawandel und Artensterben, aber auch die transformative Kraft des Chemikalienrechts rücken diesen Teil des europäischen Umweltrechts schon jetzt direkt ins Zentrum der umweltpolitischen Debatten unserer Zeit.

Peter Hanisch ist im Hessischen Umweltministerium Referent für Chemikaliensicherheit und zugleich Bundesratsbeauftragter für Umweltchemikalien. Er hat Chemie und Energietechnik studiert und nimmt aktuell am Mercator Science-Policy Fellowship-Programm der Rhein-Main-Universitäten teil. Dr. Jens Martin König leitet im Hessischen Umweltministerium das unter anderem für Chemikaliensicherheit zuständige Referat. Er absolvierte sein Jurastudium in Trier und Bonn und hat vor wenigen Jahren ebenfalls am Mercator Science-Policy Fellowship-Programm teilgenommen. In den Jahren 2021/2022 gestalteten beide gemeinsam den hessischen Vorsitz in der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Chemikaliensicherheit (BLAC).

Das Semester beschließt die 230. Sitzung, in der Herr **Prof. Dr. Malte-C. Gruber**, Fachbereich Rechtswissenschaft der JLU Gießen, am Donnerstag, dem **01.02.2024**, die Frage stellt: "**Der Kampf ums Klimarecht: Ist das Wesentliche für die Augen der zivilistischen Praxis unsichtbar?**".

Gehört es zu den Aufgaben des Rechts, den im gesellschaftlichen Interesse getroffenen klimapolitischen Entscheidungen zur Durchsetzung zu verhelfen, so ist auch aus zivilrechtlicher Sicht danach zu fragen, wie ein effektiver Klimarechtsschutz zu gewährleisten wäre. Ein zukünftiges ökologisches Privatrecht müsste dabei zum einen die gewachsenen gesellschaftlichen Erwartungen einer kollektiven Umweltverantwortung wirtschaftlicher Unternehmungen berücksichtigen und zum anderen dafür sorgen, dass die geschädigten kollektiven Umweltgüter selbst zu ihrem Recht kommen. Klimahaftungsverfahren werden demnach mit neuen Konfliktparteien, sowohl auf Kläger- als auch Beklagtenseite, rechnen müssen.

Prof. Dr. Malte Gruber ist seit dem 01.02.2023 Inhaber der Professur für Bürgerliches Recht und Rechtsphilosophie an der JLU Gießen. Nach dem Studium in Frankfurt am Main und Mainz wurde er 2005 mit einer Arbeit über "Rechtsschutz für nichtmenschliches Leben" promoviert und habilitierte sich 2014 an der Goethe-Universität. Auf Vertretungsprofessuren an den Universitäten Bremen und Frankfurt folgte 2017 seine Berufung auf den Lehrstuhl für Rechtsphilosophie und Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Immaterialgüterrecht und Recht der neuen Technologien an der Universität Luzern, wo er bis zu seinem Ruf an die Universität Gießen gelehrt hat.

Die Veranstaltungen sind als Fortbildungsveranstaltungen gem. § 15 FAO für Fachanwälte im Verwaltungsrecht geeignet. Teilnahmebescheinigungen werden auf Wunsch ausgestellt. Studierende des Fachbereichs 01 können sich die Teilnahme für den Erwerb einer Schlüsselqualifikation gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 lit. d JAG bescheinigen lassen. Für eine Unterstützung des Praktikerseminars durch Spenden sind wir wie immer dankbar (Justus-Liebig-Universität Gießen, Landesbank Hessen-Thüringen, IBAN: DE98 5005 0000 0001 0065 50, Verwendungszweck: Spende Umweltrechtliches Praktikerseminar, Projektnummer 811 00 523).

Mit den besten Grüßen aus dem Gießener Fachbereich Rechtswissenschaft,

Ihre

Prof. Dr. Gabriele Britz

Deef De Franc Daimes

Prof. Dr. Bettina \$chöndorf-Haubold